

*Tages-Anzeiger, Seite 9 International*

23.11.2010

### **In Wien steht das System Kadyrow vor Gericht**

**Drei** Tschetschenen sind der Beihilfe zum Mord an einem Landsmann angeklagt. Doch die Drahtzieher werden im Präsidentenpalast in Grosny vermutet.

Von Bernhard Odehnal, Wien

Wahrscheinlich hat Umar Israilow seine Mörder gekannt. Wahrscheinlich wusste er auch, dass sie nicht nur mit ihm reden wollten, als er ihnen unweit seiner Wohnung im Wiener Bezirk Floridsdorf begegnete. Der 27-jährige Tschetschene versuchte noch, wegzulaufen. Doch seine Verfolger stellten ihm eine Falle. Am 13. Januar 2009 wurde Israilow auf offener Strasse in Wien regelrecht hingerichtet. Drei Wochen später verhaftete die Polizei in verschiedenen österreichischen Städten sieben Männer aus Tschetschenien. Drei von ihnen müssen sich in Wien seit vergangener Woche vor Gericht verantworten. Die Anklage lautet auf Beihilfe zum Mord.

In der Verhandlung geht es aber nicht nur um ihre Mitschuld, sondern um die mutmasslichen Auftraggeber der Bluttat. Der Staatsanwalt sieht als Drahtzieher den von Moskau eingesetzten tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow. Der Hauptangeklagte Otto K. rühmte sich seiner guten Beziehungen zu Kadyrow. Nun überlegt das Gericht, den Präsidenten zu einer Befragung via Skype zu überreden. Realistisch ist das nicht. Kadyrow liess den Wienern bereits in einem Interview ausrichten, er habe mit dem Mord nichts zu tun.

Nicht angeklagt, aber irgendwie doch auf der Anklagebank sitzt auch der österreichische Verfassungsschutz. Er hätte die Bluttat verhindern können, hätte er Israilows Warnungen nur ernst genommen. Denn der Tschetschene war nicht nur einer unter vielen Asylbewerbern aus Tschetschenien. Er hatte in der Leibgarde Kadyrows gedient und war an so manchen Verbrechen der «Kadyrowzi» persönlich beteiligt gewesen. Als er aussteigen wollte, wurde er gefoltert, angeblich vom Präsidenten persönlich. 2004 floh er über Polen nach Wien und wollte sein Wissen über Kadyrows Terrorregime dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag mitteilen. Das aber blieb dem Herrscher in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny nicht verborgen. Die Szene der tschetschenischen Asylbewerber in Österreich ist wie auch in anderen Ländern von Kadyrows Spitzeln durchsetzt.

Ramsan Kadyrow Der von Moskau eingesetzte Präsident von Tschetschenien gilt als mutmasslicher Drahtzieher des Mordes an Umar Israilow.

Israilow sollte eigentlich entführt und in die Heimat zurückgebracht werden. Erst als der Versuch misslang, wurde er liquidiert. Israilow wusste von der Bedrohung. Er hatte sich ans Amt für Verfassungsschutz und  
60/65

Terrorismusbekämpfung gewandt und um Personenschutz gebeten, da er einen Anschlag befürchtete. Der Verfassungsschutz lehnte ab, da die «vage Bedrohungslage» keine Massnahmen erfordere. Später wurde bekannt, dass die Polizei einen potenziellen Zeugen, der von den Morddrohungen gegen Israilow wusste, nach Tschetschenien abgeschoben hatte. Auch der mutmassliche Mörder konnte entkommen und soll heute in Grosny ein angenehmes Leben führen.

Der grüne Abgeordnete Peter Pilz forderte wegen der polizeilichen Pannen die konservative Innenministerin Maria Fekter zum Rücktritt auf und vermutet eine geheime Kooperation von Verfassungsdienst und russischem Geheimdienst, um Informationen über tschetschenische Dissidenten auszutauschen. Zum Auftakt des Prozesses präsentierte Pilz den Leiter einer tschetschenischen

Nichtregierungsorganisation, der behauptet, in Österreich von Kadyrows Schergen mehrmals zusammengeschlagen worden zu sein. Pilz spricht von einem «terroristischen Netzwerk» Kadyrows in Österreich. Nach dem Mord an Israilow wurden im ersten Halbjahr 2009 weitere ehemalige Kampfgefährten Kadyrows in Istanbul und in Dubai ermordet. Jedes Mal bestritt der Präsident mit kühlem Lächeln, dazu den Befehl gegeben zu haben.

Dick Marty im Zeugenstand

Auch beim Wiener Prozess dürfte es schwer werden, die Mittäterschaft der drei Angeklagten zu beweisen. Sie selbst bestreiten jede Schuld und geben an, nur zufällig am Tatort gewesen zu sein. Zeugen gibt es viele, doch wollen sie die Angeklagten nicht mehr mit Sicherheit identifizieren können. Ursprünglich sollte das Urteil Ende November gesprochen werden, jetzt wurde der Prozess bis Januar verlängert. Im Zeugenstand soll auch der Schweizer Europaratsabgeordnete Dick Marty erscheinen, um über die Lage der Menschenrechte in Tschetschenien Auskunft zu geben.

61